

Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Kreisverband Mannheim

Beschlussdatum: 24.11.2020

Änderungsantrag zu K1

In Zeile 331:

- ein Baden-Württemberg, das **schnellstmöglich bis 2035** klimaneutral ist

Begründung

"Die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen ist Grundlage und Rahmen unserer Politik"

Der Programmentwurf betont die Notwendigkeit der Umsetzung des auf der Pariser Klimaschutzkonferenz beschlossenen Ziels die Erderwärmung auf möglichst unter 1,5 Grad zu begrenzen. Das ist wichtig!

Nach einem Bericht des Weltklimarats hat dies deutliche Vorteile. Bei einer [Erderwärmung um 1,5 Grad](#) wären 10 Millionen Menschen weniger vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen, das Risiko Kippelemente und unkontrollierbare Kettenreaktion auszulösen wäre geringer, weniger Arten würden aussterben und weniger Hitzeextreme und Dürren würden uns erwarten, als bei einer Erderwärmung um 2 Grad.

Doch leider kommt der Programmentwurf nicht über ein Bekenntnis hinaus. Es ist wissenschaftlich belegt, dass Deutschland bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden muss, um einen angemessenen Beitrag zum 1,5 Grad Ziel leisten zu können. Das belegt u.a. der [Sachverständigenrat für Umweltfragen \(SRU\) in einem Umweltgutachten](#). In einer [umfangreichen Studie greift das Wuppertal Institut](#) das vom SRU berechnete CO² Restbudget von 4,2 Millionen Gigatonnen für Deutschland auf und legt Maßnahmen vor, mit denen eine Transformation zur Klimaneutralität bis 2035 in Deutschland möglich ist. Dabei stehen vor allem die Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr und Gebäude im Fokus.

Wir brauchen konkrete Ziele und einen konsequenten Einsatz für Klimaschutz! Wenn ein innovationsreiches und wirtschaftsstarkes Land wie Baden-Württemberg es nicht schafft einen Beitrag zum 1,5 Grad Ziel zu leisten, wie können wir das dann von ganz Deutschland, geschweige denn anderen Industrie- und vor allem Schwellenländern, erwarten?

Der Antrag trägt das Ziel Baden-Württemberg bis 2035 klimaneutral zu machen an. Der AK Umwelt und die Grüne Jugend Mannheim unterstützen den Antrag.